Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 105. Sonnabend den 14. April 1888. 82. Jahrgang.

Wegen der Messe

ist unsere Expedition
morgen Sonntag
Vormittags bis 12 Uhr
geöffnet.
Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Wegen Reinigung der Räume bleiben die Schulexpedition und die Schulcasse
Montag, den 16. d. Mon.,
für den dienstlichen Verkehr **geschlossen.**
Leipzig, den 12. April 1888.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von 72 Stück Jalousien für das hiesige Rathhaus soll vergeben werden.

Die Bedingungen und Maße für diese Arbeiten können auf hiesigem Rathhause, Zimmer Nr. 6, eingesehen werden und sind bezügliche Offerten versiegelt und mit der Aufschrift „Jalousienlieferung" versehen, ebendaselbst und bis zum 20. laufenden Monats, Nachmittags 5 Uhr, einzureichen.

Der Gemeinderath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Plagwitz, den 10. April 1888.
Der Gemeindevorstand.
O. Eichorius.

Hohensteiner Stadtanleihe.

Von der hiesigen zum Course von 98 aufgelegten
3½procentigen Stadtanleihe
ist noch ein Theil zu begeben und es erfolgt der Verkauf durch die Sparcasse hierselbst.

Die Anleihe ist in Abschnitten zu 1500, 1000 und 300 ℳ eingetheilt.

Hohenstein bei Chemnitz, den 12. April 1888.
Der Stadtrath.
Blotenhauer, Bürgermeister.

Wohnungs-Vermiethung.

Die in der dritten Etage des vormals Schwarz'schen Hauses an der I. Bürgerschule Nr. 2, jetzt der Universität gehörig, befindliche Wohnung, bestehend aus 7 Zimmern, 2 Cabinetten, Küche, Speise- und Mädchenkammer mit dem erforderlichen Zubehör, wird am 30. September d. J. auf Wunsch auch schon früher, miethfrei.

Miethliebhaber werden ersucht, mit dem unterzeichneten Rentamte in Vernehmen zu treten.

Leipzig, am 3. April 1888.
Universitäts-Rentamt.
Gebhardt.

Nichtamtlicher Theil.

Das Ende der Kanzlerkrisis.

Uebereinstimmende Nachrichten von verschiedenen Seiten lassen erkennen, daß die Gefahr des Rücktritts des Fürsten Bismarck von seiner wichtigen und verantwortungsvollen Doppelstellung als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident als beseitigt anzusehen ist. Die Nachrichten unterscheiden sich nur durch die Form, die erfreuliche Thatsache der Beendigung der Krisis ist aus allen zu entnehmen. Die „Kölnische Zeitung", welche sich in der Angelegenheit von Anfang an als bestunterrichtet erwiesen hat, begnügt sich mit der Meldung, daß die Krisis durch die Unterredung des Kanzlers mit der Kaiserin am 11. April und den am gleichen Tage beim Kaiser gehaltenen Vortrag zum Stillstand gekommen, und daß eine Verschärfung für die nächste Zeit jedenfalls ausgeschlossen sei. Die „Post" ist dagegen in der Lage, positive Mittheilungen über das Ergebniß und den Verlauf der Unterredung des Kanzlers mit der Kaiserin zu machen. Sie behauptet unter Berufung auf die vorzüglichste Quelle, daß die Kaiserin den Bedenken des Fürsten Bismarck bezüglich des Heirathsprojectes nachgegeben habe und schildert den entscheidenden Augenblick in sehr lebendiger Weise, wie folgt: Die hohe Frau habe beide Hände des Fürsten ergriffen und mit bewegter Stimme ausgerufen: „Ich opfere das Glück meiner Tochter auf dem Altar des Vaterlandes!" Der Großherzog von Baden soll sich ebenfalls dahin ausgesprochen haben, daß die Frage durch Aufgeben des Projects gelöst sei. Endlich meldet die „Post" noch, daß die Reise des Prinzen Alexander von Battenberg nach Berlin auf Veranlassung von dort endgiltig aufgegeben sei.

Aus der ganzen Darstellung, wie sie die „Post" giebt, erhellt, daß der Stein des Anstoßes für das Verbleiben des Kanzlers beseitigt ist und daß wieder das alte Verhältniß, wie es vor dem 31. März bestand, hergestellt ist. Wir freuen uns mit allen Vaterlandsfreunden herzlich über diesen Ausgang der Krisis, an welchem wir niemals gezweifelt haben und zwar um so mehr, weil während der Krisis Kräfte thätig gewesen sind und sich in widerwärtiger Weise vorgedrängt haben, welche etwas wie Morgenluft gewittert hatten, daß ihre Zeit gekommen sei und sich dadurch in einer Weise bloßgestellt haben, welche die wahre Bedeutung ihrer Bestrebungen über jeden Zweifel erhaben hat. Die leitenden Organe der freisinnigen Partei haben ihrem lebhaften Wunsche, daß der Kanzler das Feld räumen möge, nicht Schweigen gebieten können, in der Wiederaufrichtung der Hegemonie gegen das Hausmeierthum des Kanzlers und in dem Wunsche, daß die Unabhängigkeit des Kanzlers schon bei seinen Lebzeiten erwiesen werden möge, hat sich in unleugbarer Weise die Absicht zu erkennen gegeben, den in unverhoffte Nähe gekommenen Rücktritt des Kanzlers für die Zwecke der Partei nach Möglichkeit zu verwerthen. Was wurde Alles aufgeboten, um den Riß zu erweitern und seine Heilung unmöglich zu machen. Die freisinnige Presse bekundete die Rücksichtslosigkeit, welche sich in der Veröffentlichung von intimen Familien-Angelegenheiten des kaiserlichen Hauses kundgethan haben sollte, das Heirathsproject wurde jeglicher politischen Bedeutung entkleidet, es war eine Herzenssache, in welche der leitende Staatsmann sich unbefugter Weise eingemischt haben sollte, das Verhältniß zwischen Deutschland und Rußland bliebe davon, nach dem Dafürhalten dieser Presse, gänzlich unberührt, im Gegentheil würde durch Verwirklichung desselben die Anwartschaft des Prinzen Alexander auf den bulgarischen Thron endgiltig beseitigt worden sein, und was dergleichen auf politische Unzurechnungsfähigkeit schließen lassende Aeußerungen mehr waren.

Heute liegt die erste halbamtliche, ja man kann sagen amtliche Meinungsäußerung aus Rußland in dem gegen die „Correspondence de l'Est" gerichteten Artikel des „Journal de St. Pétersbourg" vor, und aus diesem geht unzweifelhaft hervor, daß die Verheirathung des Prinzen Alexander mit der Prinzessin Victoria von Preußen auf die Gestaltung der russischen Balkanpolitik den allerschlimmsten Einfluß gehabt haben würde. Das Journal erklärt, daß man die Ursachen kenne, welche dem Prinzen Alexander das Vertrauen seines erhabenen Protectors (des Kaisers Alexander) entzogen habe, man kenne ferner den schweren Tadel des Kaisers Wilhelm über jene Vorgänge, die, abgesehen von dem Charakter der Undankbarkeit, auch den Frieden Europas gefährdeten. Wer könne behaupten, daß eine neue hohe Stellung des Battenbergers nicht den Gedanken einer Restauration unter den Häuptern der bulgarischen Revolution wachriefe, und daß trotz der gegentheiligen Behauptungen die Ruhe der Balkanländer und die friedlichen Beziehungen der Mächte nicht wieder in Frage gestellt werden würden? Wie ließen sich diese möglichen Folgen vereinigen mit dem Programm des deutschen Reichskanzlers und mit den friedlichen Gesichtspuncten und freundschaftlichen Versicherungen des Kaisers Friedrich? Das Journal schließt mit dem Ausdruck der Ueberzeugung, daß die deutsche Politik diese Folge abzuwägen wissen, daß sie es verstehen wird, den Gefahren zuvorzukommen, die sich für die guten Beziehungen beider Länder und für die Aufrechthaltung des Friedens möglicher Weise ergeben könnten. So schreibt das Organ des russischen Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten, dessen Kundgebungen zugleich als der Ausdruck der persönlichen Meinung des Kaisers Alexander aufzufassen sind. Denn in Rußland wird die auswärtige Politik einzig und allein vom Kaiser persönlich entschieden, soweit es ihm die Rücksichten auf die Panslawisten gestatten, deren Umfang aber bisher noch niemals festgestellt werden konnte.

Eine schärfere Abfertigung auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, als sie in diesem Artikel des „Journal de St. Pétersbourg" enthalten ist, hat die „freisinnige" Partei in Deutschland noch nie zuvor erfahren und diese Abfertigung erstreckt sich auch auf das vornehmste auswärtige Organ dieser Partei, die „Neue Freie Presse", die sich im Allgemeinen als die Lenkerin der Geschicke Deutschlands und Oesterreich-Ungarns aufzuspielen pflegt. Dieses vornehmste Organ der österreichischen Verfassungspartei hat sich schon zu wiederholten Malen genöthigt gesehen, vor dem überlegenen Geiste des deutschen Reichskanzlers die Segel zu streichen, nicht nur in Fragen der auswärtigen, sondern auch der inneren deutschen Politik. Solche Niederlagen aber wie in der Battenberger Angelegenheit hat die „Neue Freie Presse", welche in Arm in Arm mit dem „Berliner Tageblatt" für die politische Bedeutungslosigkeit des Heirathsprojectes eintrat, noch nicht erlitten.

Das Organ des Kanzlers, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", tritt heute dem gänzlich mißlungenen Versuch der deutschfreisinnigen Presse, den Kanzler mit dem Kaiser zu entzweien, scharf und wirkungsvoll entgegen. „Was ich denk' und thu', trau' ich Andern zu" — sagt ein deutsches Sprichwort, und darnach hat die deutschfreisinnige Presse die Kanzlerkrisis als eine persönliche Frage gedeutet. Der Kanzler hatte nach dieser Presse ganz andere Dinge im Kopfe, als er das Battenbergische Heirathsproject zur Cabinetsfrage machte, ihm behagte das Regierungsprogramm des Kaisers Friedrich nicht und deshalb wollte er eine Kraftprobe auf seine Macht in Deutschland ins Werk setzen. Erzielte er dabei einen Erfolg, dann war sein Ausschlag gebendes Hausmeierthum entschieden und die Hohenzollern-Dynastie in die zweite Linie gedrängt. So urtheilte die freisinnige Presse, während die selbstlose Vaterlandsliebe des Reichskanzlers die schwerste Probe bestand, welche ihr jemals auferlegt worden ist. Er war in die Nothwendigkeit versetzt, Herzenswünschen von Mitgliedern des deutschen Kaiserhauses aus zwingenden politischen Gründen entgegenzutreten, aber wie konnte es dem pflichttreuen ersten Diener Kaiser Wilhelm's in den Sinn kommen, eine persönliche Kraftprobe zu versuchen. Eine beinahe 26 jährige von beispiellosen Erfolgen begleitete politische Thätigkeit des Reichskanzlers hat nur zur stets sich erneuernden Bestätigung der bekannten Thatsache geführt, daß dem Reichskanzler die Wohlfahrt des deutschen Vaterlandes als oberstes Gesetz für seine gesammte politische Thätigkeit stets gedient hat und noch dient. Das Vertrauen, welches Kaiser Wilhelm und Kaiser Friedrich in den Kanzler setzten, würde nicht vorhanden sein, wenn von diesem erwartet werden könnte, daß er, um im Amte zu bleiben, seine Ueberzeugung verleugne und unehrlich gegen den Kaiser handle. Die freisinnige Presse hat geglaubt, den Kaiser vom Kanzler trennen zu können, indem sie für den einen gegen den anderen Partei ergriff. Der Verlauf und das glückliche Ende der Krisis haben den Beweis geführt, daß dieser Glaube grundlos war, Kaiser und Kanzler halten nach wie vor zusammen zum Heile Deutschlands und des europäischen Friedens.

* * *

* Wir verzeichnen nachstehend die neuesten, zum Theil in der vorstehenden Betrachtung erwähnten Meldungen, welche über den Stand der Angelegenheit vorliegen.

Die „Kölnische Zeitung" berichtet aus Berlin vom Mittwoch:

Der Wunsch eilt den Thatsachen, nach unseren Erkundigungen, leider weit voraus, wenn heute sich reichsfreie Blätter zuversichtlich behaupten, in der gestern zwischen der Kaiserin und dem Reichskanzler stattgehabten Unterredung seien die obwaltenden Schwierigkeiten beglichen worden und die Kanzlerkrisis sei daher beendet. Wir vermögen diese Meldungen nicht zu bestätigen, glauben vielmehr zu wissen, daß die Schwierigkeiten [illegible] Kaiserin und Reichskanzler sich ebenso freundschaftlich wie freimüthig ausgesprochen haben, daß es aber keinem Theile gelungen ist, den anderen von seiner mitgebrachten Meinung abzuwenden. Wohl aber dürfte ein zeitweiliges Vertagen der Entscheidung mit Rücksicht namentlich auf die zur Zeit noch so große Arbeitslast des Kaisers, zu deren Aufregungen man nicht auch noch die Schlußentscheidung in der Battenbergischen Frage hinzufügen wolle, beiderseits gewünscht und genehm worden sein. Das ist alles, was wir heute über die äußere Lage verbürgt zu erfahren vermochten. Gegen die fortdauernden Entstellungen unserer Mittheilungen in deutschfreisinnigen und ultramontanen Blättern verschmähen wir es, uns in jedem Falle zu verwahren, aber eine neuerdings wieder aufgebrachte Beschuldigung müssen wir doch wiederholt zurückweisen. Es wird behauptet, das Heirathsproject wäre bereits aufgegeben gewesen, als wir von der Krisis Meldung gemacht hätten. Das ist einfach eine Unwahrheit. Das Project war damals keineswegs aufgegeben, sondern wurde nachdrücklich betrieben; aufgegeben ist es ja auch in dieser Stunde noch nicht.

Weiter meldet die „Kölnische Zeitung" aus Berlin vom Donnerstag:

Die Unterredung, die Fürst Bismarck mit der Kaiserin Victoria gehabt und der Vortrag, den er gestern dem Kaiser gehalten, haben zuverlässiger Quelle zufolge das Ergebniß gehabt, daß die Kanzlerkrisis jetzt wenigstens zum Stillstand gekommen und daß eine Verschärfung derselben jedenfalls für die nächste Zeit ausgeschlossen ist.

Die „Post" vom Donnerstag schreibt:

Die sogenannte „Kanzlerkrisis" dürfte nun, wie wir schon gestern mitzutheilen in der Lage waren, definitiv als beseitigt anzusehen sein. Aus vorzüglicher Quelle können wir mittheilen, daß Ihre Majestät die Kaiserin den Bedenken des Fürsten Bismarck bezüglich des bekannten Heirathsprojects nachgegeben hat. Man erzählt, die hohe Frau habe beide Hände des Fürsten ergriffen und mit bewegter Stimme ausgerufen: „Ich opfere das Glück meiner Tochter auf dem Altar des Vaterlandes!" Der Großherzog von Baden soll sich in demselben Sinne der Lösung der Frage ausgesprochen haben.

Auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" ergreift das Wort und zwar indem sie sich an leitender Stelle gegen die Fortschrittspresse kehrt. Das gouvernementale Blatt schreibt:

Die fortschrittliche Presse knüpft an die dem Reichskanzler zugeschriebene Absicht, zurückzutreten, den Versuch, den Fürsten Bismarck der Muthlosigkeit dem Auslande und der Unbotmäßigkeit dem Kaiser gegenüber anzuklagen. Sie behauptet, daß er selbst sein Wort, daß die Deutschen nur Gott fürchten, Lügen strafe, wenn er die Reichspolitik nicht dem persönlichen Wohlwollen für Battenberg unterordne. Sie übersieht dabei absichtlich, daß unmittelbar an den citirten Satz die Worte sich anschließen: „und die Gottesfurcht ist es schon, die uns den Frieden lieben und pflegen läßt." Als Rathgeber des Kaisers in Fragen der auswärtigen Politik ist der Kanzler amtlich verpflichtet, zu thun, was in seinen Kräften steht, um den Frieden des deutschen Reiches vor Störungen zu sichern. Wenn er darauf verzichten wollte, die Lösung dieser Aufgabe zu erstreben, so wären seine Dienste und die Diplomatie überhaupt entbehrlich; wenn Verhütung unnöthiger Kriege auf dem Wege vorsorglicher Vermeidung internationaler Zwistigkeiten in den Verdacht der Feigheit bringen könnte, so würde die ganze Staatskunst nur noch im Drohen mit starken Heeren und mit energischem Zuhauen bestehen. Dazu bedarf es allerdings weder der Erfahrung noch des Geschickes in politischen Geschäften.

Ebenso wenig wie mit Furchtsamkeit hat die schwebende Frage etwas mit Unbotmäßigkeit gegenüber dem Kaiser zu thun. Die seit Jahren fabrikmäßige Verdächtigung mit dem „Hausmeierthum" zeigt die Gedankenarmuth der Partei, von der sie ausgeht. Ein Phantasiegebilde der Art kann nur in den Köpfen von Politikern entstehen, die bei aller Gelehrsamkeit in ihrer krypto-republikanischen und klassisch gebildeten Veranlagung von dem in Preußen vorhandenen Ueberrest germanischer Königstreue und den daraus hervorgehenden gegenseitigen Beziehungen des Königs zu seinen Dienern Vorstellungen haben wie der Blinde von der Farbe.

Auf Se. Majestät den regierenden Kaiser machen solche Verdächtigungen so wenig Eindruck, wie auf seinen verewigten Vater. Beide haben den Kanzler angestellt, um sie nach seinem Wissen und Gewissen verantwortlich zu berathen, und haben niemals Zweifel daran gehabt, daß er bei Ausübung dieses Dienstes die Interessen der Dynastie ebenso aufmerksam im Auge behält, wie die des Landes. Zu diesem Dienst, zur Bethätigung der Treue in demselben, gehört außer der Befähigung dazu auch das Maß von Ueberzeugungstreue und Ehrlichkeit, ohne welches das Vertrauen eines Monarchen zu dem Rathe seiner Minister auf die Dauer nicht Bestand haben kann. Dieses Vertrauen ist im vorliegenden Falle ganz unabhängig von der Frage, ob der gegenwärtige Kanzler Minister bleibe oder nicht. Es würde aber nicht vorhanden sein, wenn von ihm erwartet werden könnte, daß er, um im Amte zu bleiben, seine Ueberzeugung verleugne und unehrlich gegen den Kaiser werden würde. Einen derartigen Kanzler würde Kaiser Friedrich so wenig gebrauchen können wie Kaiser Wilhelm.

Die Herren von der freisinnigen Presse täuschen sich, wenn sie glauben, daß bei uns das Belügen des Kaisers ebenso leicht und ebenso zulässig sei, wie das eines fortschrittlichen Wählers. In den Kreisen der Letzteren mag die Mähr vom Hausmeierthum noch brauchbar sein; in denen der Wissenden und namentlich der Betheiligten aber war sie von Anfang an lächerlich.

Die „Nationalliberale Correspondenz" bemerkt über das Bestreben der Demokraten und Ultramontanen, sich als Kronwächter aufzuspielen:

Eine widerwärtigere Heuchelei ist nicht denkbar als diejenige, die gegenwärtig in deutschfreisinnigen und ultramontanen Blättern ihre Orgien feiert. Diese Blätter geberden sich, als ob sie berufen seien, das deutsche Kaiserthum und preußische Königthum, den Thron der Hohenzollern gegen dunkle Gefahren und Anschläge zu vertheidigen, die natürlich nur in ihrer Phantasie existiren. Leute, die sonst aus ihrer demokratischen und republikanischen Gesinnung gar kein Hehl machen, überbieten sich in einem Byzantinismus und Servilismus, wie er niemals zuvor erblickt worden und in diesem Fall ganz besonders abstoßend wirken muß. Ueber die Verdienste der Demokraten und Ultramontanen um die Krone giebt jedes Blatt einer jahrzehntelangen Geschichte Auskunft. In fast unausgesetztem Kampfe hat sich das preußische Königthum der Angriffe von dieser Seite zu erwehren gehabt und nun drapiren sich diese Leute plötzlich mit dem Mantel einer ganz besonderen, angeblich nur ihnen eigenthümlichen Loyalität und Königstreue! Der monarchische Sinn bei denjenigen, denen derselbe in dem wüsten Parteigezänk unserer Tage von dieser gänzlich unberufenen Seite abgesprochen wird, ist zu alt, festgegründet und unantastbar, als daß irgend ein Wort der Abwehr nothwendig erscheinen könnte. Sie brauchen ihrer Gesinnung nicht in pathetischen Worten Ausdruck zu geben. Am allerwenigsten reichen Verdächtigungen der Art an jenen Mann heran, dessen ganzes Leben und Schaffen ein unermüdlicher Dienst für das Vaterland und die Krone gewesen ist, der einst in der Conflictszeit das Wort gesprochen: „Was liegt an meinem Kopf, wenn nur der Thron meines Königs feststeht!" Das angebliche „Ausspielen des Kanzlers gegen den Kaiser", welches in der Bewegung der letzten Tage hervorgetreten sein soll, ist eine demokratisch-ultramontane Verdächtigung und Verleumdung von unerhörter Dreistigkeit und Perfidie. Dergleichen ist in unserem monarchischen Staat und unserem loyalen Volk einfach unerhörbar und unmöglich. Man wird aber doch wohl auch seinem Schmerz und seiner Besorgniß Ausdruck geben können, wenn Gefahr vorhanden ist, daß der Staatsmann, der in langjähriger erfolgreichster Amtsthätigkeit sich bewährt hat und gegenwärtig ganz besonders eine Bürgschaft des Weltfriedens ist, aus dem Amte zu scheiden sich veranlaßt sieht. Man wird den durch diese Aussicht in den weitesten Kreisen hervorgerufenen Befürchtungen Ausdruck geben dürfen, ohne daß darin ein Angriff oder eine Demonstration gegen die Krone zu erblicken wäre. Es sind wirklich krampfhafte Zuckungen, mit denen Radicale und Ultramontane, die in diesen Tagen wieder in engster Verbrüderung aufgetreten sind, in die Höhe zu kommen suchen. Das Spiel ist aber doch zu plump angelegt, als daß es gelingen könnte.

Unser Berliner Correspondent schreibt uns vom Donnerstag:

Die Kanzlerkrisis war gestern und heute selbstverständlich das Thema, welches auch in parlamentarischen Kreisen alles andere Interesse in den Hintergrund drängte. Heute wurde nun von Persönlichkeiten, welche mit dem Hofe Fühlung haben und sich zugleich intimer Beziehungen zum Hause des Fürsten Bismarck erfreuen, bestimmt versichert, daß alle Schwierigkeiten beseitigt seien. Das bekannte Verlobungsproject sei endgiltig aufgegeben. In diesem Sinne soll sich auch der Großherzog von Baden gegenüber Personen seiner Umgebung geäußert haben, der nunmehr im Begriff ist, Berlin zu verlassen. Wie ganz falsch die Fortschrittler die Lage aufgefaßt, zeigt sich auch darin, daß sie in Herrn von Roggenbach bereits einen Nachfolger des Fürsten Bismarck vermutheten, während dieser Staatsmann gerade deshalb hierher berufen war, um in versöhnendem und ausgleichendem Sinne zu wirken und auch in der That alle seine Kräfte in dieser Richtung entfaltet hat. In der brennenden Frage selbst theilt Herr v. Roggenbach vollständig die Auffassung des Herrn Reichskanzlers, und gerade dieser Umstand fiel an entscheidender Stelle sehr ins Gewicht. Völlig unwahr ist übrigens, was in fortschrittlichen und ultramontanen Blättern verbreitet wurde, daß bereits vertraulich bei Fürst Hohenlohe, Graf Münster u. A. angefragt worden sei. Hier war lediglich der Wunsch der stets erbitterten Opposition der Vater des Gedankens. Von Seiten des Kaisers wird ebenso innig gewünscht, den Fürsten Bismarck als ersten Berather zur Seite zu haben, wie es bei dem hochseligen Kaiser der Fall war und es ist unmöglich, daß auch nur der leiseste Zweifel an der unbedingten Treue und Hingebung des Fürsten an Allerhöchster Stelle auftreten könnte. Solche Ausgeburten kranker Phantasie, solche Denunciationen der Radicalen reichen nicht an die Stufen des Thrones und das deutsche Volk in seiner anerkennenden Verehrung und dankbaren Gesinnung für die unsterblichen Verdienste des Kanzlers hegt diesem Gebahren gegenüber lediglich das Gefühl des Ekels und der Verachtung.

Während also in parlamentarischen Kreisen eine befriedigte Stimmung heute die Oberhand hatte und man allgemein sich überzeugt hielt, daß die Krisis beendet sei, bringt die „National-Zeitung" heute Abend die Meldung, daß die Lage auch durch den gestrigen Empfang des Fürsten Bismarck beim Kaiser keine Aenderung erfahren habe. Wir vermögen die Quellen des sonst gut unterrichteten Blattes nicht zu controliren. Aber zu berücksichtigen bleibt, daß die „National-Zeitung" mit dieser Nachricht allein steht, und daß sie vorher dieselben Mittheilungen bestätigte, die uns zugegangen sind. Hoffentlich beruht die ungünstige Meldung auf einer irrthümlichen Auffassung der Sachlage. Denn nichts ist dringender zu wünschen, als eine endliche Beilegung des Conflictes, welcher schwer auf allen Gemüthern lastet.

Eine authentische Auslassung über das Ende der Krisis liegt übrigens bis zur Stunde nicht vor und dürfte wohl überhaupt nicht erfolgen.

Leipzig, 14. April 1888.

* Die Stellvertretungsgeschäfte des Kronprinzen sind nunmehr endgiltig geregelt; es ist im Einzelnen festgesetzt, in welchen Angelegenheiten die Stellvertretung zu erfolgen hat. Gleichzeitig ist bestimmt worden, daß der Kriegsminister und die beiden Chefs des Militair- und Civilcabinets dem Kronprinzen regelmäßig Vortrag zu halten haben.

* Dem General-Adjutanten des Kaisers, General der Cavallerie Grafen von der Goltz, ist infolge seines Abschiedsgesuches der Abschied bewilligt worden.

* Ein Berichterstatter des „Figaro" schildert den jüngst verstorbenen deutschen Gesandten am portugiesischen Hofe, Baron v. Schmidthals, als einen „vollendeten Edelmann, gewandt und höflich, wie der alte Kaiser Wilhelm war", und schreibt über die Veranlassung zu dessen Tode: „Der alte Diplomat, der sich bereits seit einigen Tagen unwohl fühlte, war nach Cintra gereist und hoffte von der Luftveränderung einen günstigen Einfluß auf seine Gesundheit. Das Unglück wollte, daß der Zug, den der Baron genommen, in ziemlicher Entfernung von Cintra entgleiste, so daß Herr v. Schmidthals genöthigt war, eine gute Strecke Weges zu Fuß im Koth und unter strömendem Regen zurückzulegen. Er kam infolge dessen in seinem Landhause San Pedro in einem bedauernswerthen Zustande an. Am andern Tage trat eine Lungenentzündung auf, die ihn schnell hinweg raffte."

* Der „Reichs-Anzeiger" bestätigt jetzt, daß dem Geheimrath Professor Dr. A. W. Hofmann zu dessen siebenzigsten Geburtstag nicht der erbliche, sondern nur der persönliche Adel verliehen worden ist, der also nicht auf seine Kinder übergeht. Ein persönlicher Adel war bisher in Preußen unbekannt; der Hofmann'sche Fall ist also die erste Einführung dieser Auszeichnung, die in Süddeutschland mit der Uebertragung einiger Orden verbunden zu sein pflegt. Auch bestätigt sich nicht, daß dem Dr. Mackenzie das Großcomthurkreuz des Hohenzollernschen Hausordens verliehen ist, eine Auszeichnung, die in Preußen zu den größten Ausnahmen gehört. Der englische Arzt hat vielmehr nur das Comthurkreuz und den Stern dieses Ordens erhalten.

* * *

* Die „Nowoje Wremja" bespricht das Project der Vermählung des Prinzen von Battenberg mit der Prinzessin Victoria in einem Sinne, als ob dasselbe Rußland eigentlich gar nichts angehe, und die „Nothwendigkeit einer Berücksichtigung der St. Petersburger Anschauungen" also nicht vorhanden sei. Das genannte Blatt sieht bekanntlich seine Lebensaufgabe darin, zwischen Deutschland und Rußland Unfrieden zu säen, und darauf ist auch sein Verhalten dem Heiraths-Project gegenüber zu erklären, es hofft, dasselbe als eine Quelle von Verwickelungen fructificiren zu können. Der betreffende Artikel lautet:

„Wir würden uns mit großem Vergnügen jeder weiteren Auseinandersetzung über die Episode der „Kanzlerkrisis" enthalten, wenn nicht der Umstand uns hierzu veranlassen würde, daß in die „Familiengeschichte" des deutschen kaiserlichen Hofes in solch hartnäckiger Weise der Name Rußlands hineingezogen wird, durch dessen Schuld diese Krisis hervorgerufen sein soll. Unwillkürlich muß man sich fragen, ob nicht die Hauptsache in dem Bestreben liegt, die gegenwärtigen guten Beziehungen zwischen den Höfen von St. Petersburg und Charlottenburg zum Schlechteren zu wenden, und erinnert man sich dabei des lateinischen Sprichwortes: „is fecit cui prodest."

„Es ist leicht möglich, daß es für England oder wenigstens für die gegenwärtige englische Regierung wünschenswerth sein kann, die in Charlottenburg so klar zu Tage getretenen Sympathien zu Rußland abzuschwächen. Es liegt nichts Unwahrscheinliches darin, daß die Königin von England, in geschickter Weise von irgend Jemandem ihrer Rathgeber dazu vorbereitet, in der letzten Zeit ihre schon einmal mißlungenen Anstrengungen erneuert hat, um dem Bruder des Liebsten ihrer Schwiegersöhne eine hohe Stellung am Hofe des Kaisers Friedrich zu verschaffen.

„Wenn etwas Derartiges wirklich vorgegangen ist, so ist es ganz begreiflich, daß Fürst Bismarck der ganzen Sache einen Charakter verliehen hat, welcher die „Kölnische Zeitung" veranlaßt, von einer